

**Antragsmappe  
für den Schleswig-Holstein Rat.  
Am 09. April in Mildstedt**

## 1 **Antrag 1: Verbesserte Arbeitsbedingungen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen**

2 *Antragstellende: JU Kreisverband Ostholstein*

### 3 **Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:**

- 4 • eine Vereinfachung von Bewerbungs- und Antragsverfahren.
- 5 • eine umfassende Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) durch das  
6 zuständige Bundesministerium für Bildung und Forschung.
- 7 • eine Mindestvertragslaufzeit von 3 Jahren für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und  
8 Mitarbeiter.
- 9 • eine höhere Zahl an unbefristeten Stellen in der Lehre und Forschung.
- 10 • mehr Landesmittel für Universitäten und Hochschulen.

### 11 **Begründung:**

12 Die Corona-Pandemie hat sehr deutlich gezeigt, wie Studierende in Deutschland  
13 vernachlässigt wurden und es teils noch immer werden. Doch nicht nur Studierende, sondern  
14 auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Lehre und Forschung. Wenn deren  
15 Arbeitsbedingungen verbessert werden, wirkt sich das auch positiv auf Studierende aus.

16 Um in Deutschland Studien durchführen zu können und ein Gehalt zu bekommen, müssen  
17 wissenschaftliche Beschäftigte immer wieder Bewerbungen und Anträge schreiben, damit die  
18 Finanzierung sichergestellt ist. Diese Bewerbungs- und Antragsverfahren sind kompliziert und  
19 zeitaufwendig. Daher fordern wir eine Vereinfachung dieser Verfahren. Wissenschaftlerinnen  
20 und Wissenschaftler sollen Forschen und Lehren. Jedoch nicht über die Hälfte ihrer Arbeitszeit  
21 damit verschwenden Bewerbungen und Anträge zu schreiben.

22 Im Jahr 2007 wurde in Deutschland das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG)  
23 eingeführt. Das Ziel war es, die Zahl der Anstellungen auf Zeit zu verringern. Doch genau das  
24 Gegenteil wurde erreicht. Deshalb bedarf es einer umfassenden Reform des  
25 Wissenschaftszeitvertragsgesetzes durch das zuständige Bundesministerium für Bildung und  
26 Forschung. Auf der Grundlage des WissZeitVG haben Hochschulen und  
27 Forschungseinrichtungen umfangreiche Möglichkeiten, Arbeitsverträge mit  
28 wissenschaftlichem Personal zu befristen. Als Junge Union Ostholstein erkennen wir den

29 Nutzen von befristeten Verträgen an. Denn eine gewisse Rotation sorgt dafür, dass die besten  
30 Ideen gefördert werden, und ermöglicht es dadurch auch jüngeren Leuten eine begehrte  
31 Stelle in der Forschung zu ergattern. Dies gilt jedoch nicht bei Kettenbefristungen oder  
32 kettenähnlichen Befristungen. Wer jedes halbe Jahr oder jährlich darum fürchten muss, dass  
33 sein Vertrag nicht verlängert wird, die oder der ist mit der Zeit nicht mehr in der Lage 100  
34 Prozent zu geben. Daher fordern wir eine Mindestvertragslaufzeit von 3 Jahren für  
35 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das sorgt sowohl für Sicherheit bei  
36 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern als auch für Innovation.

37 Eine Befragung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Ende 2020 ergab, dass 78 Prozent  
38 der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler befristete Verträge haben. Dem gegenüber  
39 steht ein bundesweiter branchenübergreifender Durchschnittswert von weniger als 7,4  
40 Prozent. Bei Forscherinnen und Forschern unter 45 Jahren befinden sich sogar 92 Prozent in  
41 befristeten Verträgen. Im internationalen Vergleich fällt zudem auf, dass andere Staaten  
42 wesentlich höhere Anteile an unbefristeten Stellen bei Forscherinnen und Forschern  
43 aufweisen. So waren in Großbritannien 2009 lediglich 28 Prozent befristet angestellt. In den  
44 USA sogar nur 14 Prozent.

45 Als Junge Union Ostholstein ist es uns deshalb ein Anliegen die Zahl an unbefristeten Stellen  
46 zu erhöhen, um international wettbewerbsfähig bleiben zu können. Wer, wie bereits eben  
47 kurz angeführt, ständig Angst um seinen Arbeitsplatz hat, keine Familie gründen kann, weil sie  
48 oder er keine Planungssicherheit hat, wandert irgendwann ins Ausland ab. Diesen Verlust an  
49 Kreativität können wir uns als große Industrienation nicht leisten. Wir sind auf schlaue Köpfe  
50 angewiesen. Für uns ist daher klar, dass es eine höhere Zahl an Dauerstellen für  
51 Daueraufgaben in Lehre und Forschung braucht. Des Weiteren müssen Universitäten und  
52 Hochschulen mehr Landesmittel zur Verfügung gestellt bekommen, um gezielt unbefristete  
53 Stellen zu schaffen. Der Bund soll hierbei den Ländern unter die Arme greifen.

1 **Antrag 2: Wohnungsbau**

2 *Antragstellende: JU Stormarn*

3 **Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:**

- 4 • Sowohl die Bundesregierung als auch die Landesregierung Schleswig - Holsteins sollen  
5 alle geeigneten, erforderlichen und gebotenen Maßnahmen ergreifen, um die  
6 angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt zu entschärfen. Dies soll insbesondere  
7 folgende Umstände umfassen bzw. berücksichtigen:
- 8 a. Direkte und indirekte staatliche Investitionen nicht lediglich im Bereich des sozialen  
9 Wohnungsbaus, sondern vor allem hinsichtlich bezahlbaren Wohnraumes;
- 10 b. Aus-und Neubau von Wohnheimen für Auszubildende und Studierende;
- 11 c. Konsequente Regulierung von Spekulationsgeschäften im Zusammenhang mit  
12 Wohnungsimmobilien einschließlich einer Verwendung bspw. als AirBnB.
- 13 d. Ausarbeitung einer langfristigen Strategie zur Unterstützung junger mittelständischer  
14 Familien mit Blick auch auf (günstigen) Mietwohnraum.

15 **Begründung:**

16 Die meisten von uns erfahren es selbst am eigenen Leibe oder werden es in den kommenden  
17 Jahren erfahren: Wohnraum in Deutschland wird von Jahr zu Jahr immer teurer; in der Stadt  
18 wie auch auf dem Land! Eine Besserung ist derweil ersichtlich. Im Gegenteil: Der aktuelle  
19 Zustrom an ukrainischen Schutzsuchenden wird diese Krise mit der Zeit noch weiter  
20 verschärfen. Währenddessen hat sich die deutsche Politik bislang – wenn überhaupt –  
21 lediglich auf den Bau von Sozialwohnungen oder auf die Förderung von Eigenheimen  
22 beschränkt. Junge Menschen werden hier jedoch nur zu oft übergangen. Denn nicht jeder hat  
23 einen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein. Und bevor man überhaupt über den  
24 Kauf eines Grundstücks, eines Hauses oder einer Eigentumswohnung nachdenken kann, ist es  
25 schon schwierig genug, überhaupt erstmal eine (bezahlbare) Mietwohnung zu finden.

26 Es wird daher dringend Zeit, etwas zu ändern!

1 **Antrag 3: WLAN Altenheim**

2 *Antragstellende: JU Ostholstein*

3 **Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:**

- 4 • kostenloses hauseigenes WLAN in jedem neugebauten Alten- und Pflegeheim in  
5 Schleswig-Holstein
- 6 • kostenloses hauseigenes WLAN in jedem bestehenden Alten- und Pflegeheim in  
7 Schleswig-Holstein bis Ende 2024
- 8 • Beratungs- und Schulungsangebote, bei denen Seniorinnen und Senioren den Umgang  
9 mit digitalen Medien lernen

10 **Begründung:**

11 Alle reden über Digitalisierung als wäre es das Normalste auf der Welt. Doch was für uns  
12 Jüngere Gang und Gebe ist, wie zum Beispiel die Bedienung eines Smartphones, stellt für  
13 Ältere oftmals eine große Herausforderung dar. Durch die Pandemie wurde dieses Problem  
14 sogar noch verstärkt.

15 Die »Digitalisierungsinitiative D21« hat in ihrem „Digitalindex 2020/2021“ festgestellt, dass nur  
16 52 Prozent der Generation 70+ das Internet nutzen. Bei den Altersklassen von 14 bis 59 Jahren  
17 sind es nahezu 100 Prozent. Diese Ergebnisse zeigen deutlich, wie sehr Seniorinnen und  
18 Senioren bei der Digitalisierung abgehängt sind. Dabei sind Themen wie Online-Banking,  
19 Videotelefonie und alles rund um Corona (Buchung eines Test- oder Impftermins, Installation  
20 und Nutzung der Corona-Warn-, Luca- oder CovPass-App, sowie vieles mehr) für ältere  
21 Menschen genauso wichtig wie für jüngere.

22 Um das zu ändern, müssen zwei grundlegende Dinge passieren. Erstens muss die Möglichkeit  
23 zur Nutzung digitaler Geräte für Ältere genauso gegeben sein, wie für Jüngere auch.  
24 Hauseigenes WLAN ist in Alten- und Pflegeheimen noch kein Standard. Deshalb fordern wir ein  
25 kostenloses WLAN auf jedem Zimmer in neugebauten Alten- und Pflegeheimen in Schleswig-  
26 Holstein und in bestehenden bis Ende 2024. Schließlich ist ein funktionierendes WLAN für die  
27 reibungslose Nutzung eines Smartphones und Tablets zwingend erforderlich. Zweitens  
28 müssen Seniorinnen und Senioren lernen mit neuen Medien umzugehen. Dafür bedarf es  
29 entsprechenden Beratungs- und Schulungsangeboten.

1 **Antrag 4: Die gynäkologische Erkrankung Endometriose ernst nehmen und**  
2 **flächendeckende Behandlung sicherstellen!**

3 *Antragstellende: JU Kiel*

4 **Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:**

- 5 • dass der Bund die gynäkologische Erkrankung Endometriose als chronische und schwer  
6 therapierbare Erkrankung anerkennt,  
7 • dass Bund und Land finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, um die Forschung zur  
8 gynäkologischen Erkrankung Endometriose an den Universitätskliniken auszubauen,  
9 • dass eine bundesweite Aufklärungskampagne und -strategie zur Erkrankung  
10 Endometriose initiiert wird,  
11 • dass die gynäkologische Erkrankung stärker in der Ausbildung (Vorklinik, Klinik und  
12 Facharzt Ausbildung zum Gynäkologen/zur Gynäkologin) verankert wird,  
13 • dass es mittelfristig zu einer flächendeckenden Facharztversorgung, die Endometriose als  
14 einen Schwerpunkt hat, kommt,  
15 • dass die Vorsorgeuntersuchung und Behandlung von Endometriose nicht mehr als  
16 Eigenleistung von gesetzlich versicherten Patientinnen bezahlt werden muss, sondern  
17 vollständig von den Krankenkassen übernommen wird.

18 **Begründung:**

19 Endometriose ist eine gynäkologische Erkrankung, die vorwiegend bei Frauen im gebärfähigen  
20 Alter auftritt. In Deutschland sind circa 2 Millionen Frauen davon betroffen; Expertinnen und  
21 Experten gehen davon aus, dass die Dunkelziffer deutlich höher liegt. Jedes Jahr erkranken  
22 40.000 Frauen neu. Endometriose ist eine chronische, schwer therapierbare Erkrankung, bei  
23 der es zu schweren Organschäden kommen kann. Insbesondere, wenn die Erkrankung zu spät  
24 diagnostiziert wird, was in Deutschland leider immer noch häufig der Fall ist. Viele Frauen  
25 leiden Jahre oder sogar Jahrzehnte lang unter schweren Schmerzen während ihrer Periode  
26 und anderen Beschwerden, die jedoch von vielen Ärztinnen und Ärzten wegen Unwissenheit  
27 leider als „normale Regelschmerzen“ vertan werden. Eine Sensibilisierung auf dieses  
28 Krankheitsbild in der medizinischen Ausbildung und auch in der Gesellschaft ist daher  
29 dringend notwendig.

30 Bei der Erkrankung werden Gebärmutter Schleimhautzellen verschleppt und setzen sich an  
31 andere Organe; durch den hormonellen Zyklus kommt es zu abnormen Blutungen dieser  
32 verschleppten Zellen. Es kann zu Schäden am Darm, an der Blase, an den Nieren, an den  
33 Eierstöcken, den Eileitern und an der Gebärmutter kommen. In Industrieländern ist  
34 Endometriose eine der führenden Ursachen von Kinderlosigkeit. Auch bei Frauen, die keine  
35 (schweren) Beschwerden haben, können aufgrund einer unentdeckten Endometriose kinderlos  
36 bleiben. Endometriose kann zu Eileiterschwangerschaften und anderen schweren  
37 Komplikationen führen. In seltenen Fällen kann die Endometriose das Zwerchfell, die Lunge  
38 und auch andere Organe befallen. Neben körperlichen Schäden ist auch die psychische  
39 Belastung durch chronische Schmerzen, Unwohlsein und ungewollte Kinderlosigkeit nicht von  
40 der Hand zu weisen.

41 Durch die Anerkennung der Endometriose als chronische und schwer therapierbare  
42 Erkrankung könnte unter anderem eine Vorsorge- und Verlaufskontrollstruktur geschaffen  
43 werden. Betroffenen könnte hierdurch besser und schneller geholfen werden. Wegen der  
44 starken Unterfinanzierung der Forschung (durchschnittlich 20.300 € pro Jahr) gibt es bisher  
45 nur Theorien zu den Ursachen und nur begrenzte Daten zu Behandlungsmöglichkeiten.  
46 Operationen und hormonelle Therapie gehen oft mit starken Nebenwirkungen einher.

47 Aktuell läuft eine Change-Petition an das Bundesministerium für Gesundheit:  
48 [https://www.change.org/p/bundesministerium-für-gesundheit-endometriose-als-](https://www.change.org/p/bundesministerium-für-gesundheit-endometriose-als-schwertherapierbare-chronische-und-komplexe-erkrankung-ankennen)  
49 [schwertherapierbare-chronische-und-komplexe-erkrankung-ankennen](https://www.change.org/p/bundesministerium-für-gesundheit-endometriose-als-schwertherapierbare-chronische-und-komplexe-erkrankung-ankennen)

1 **Antrag 5: Auf dem Boden der Realität ankommen – verteidigungspolitische Wende jetzt!**

2 *Antragstellende: JU Kiel*

3 **Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:**

- 4 • einen sofortigen und unverzüglichen Paradigmenwechsel beim Umgang mit der  
5 Bundeswehr und unseren Soldatinnen und Soldaten;
- 6 • das Bekenntnis der Christlich-Demokratischen Union zu einer die Wehrfähigkeit  
7 dauerhaft sicherzustellenden militärischen Aufrüstung;
- 8 • das Bekenntnis des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich  
9 Merz, Bundeskanzler Olaf Scholz und die Ampelregierung in ihrem Vorhaben, ein  
10 100.000.000.000€ starkes Sondervermögen für die Bundeswehr zu schaffen sowie  
11 zukünftig jedes Jahr mindestens 2% des BIP in den Verteidigungsetat zu investieren,  
12 ausdrücklich zu unterstützen;
- 13 • das Bekenntnis zu einer Militärdoktrin, die unter allen Umständen die Landes- und  
14 Bündnisverteidigung gegen jeden Gegner, auch bei längerfristiger kriegerischer Handlung  
15 sicherstellt;
- 16 • das Bekenntnis zur Verpflichtung des 2%-Ziels der NATO durch den Bundestag, indem  
17 dieses als Staatszielbestimmung verankert wird;
- 18 • dass die gesamten Mittel, die im Wehretat ausgewiesen werden, in Zukunft unmittelbar  
19 in die Wehrfähigkeit fließen müssen;
- 20 • nach Erreichen der erforderlichen Wehrfähigkeit mindestens die von der NATO  
21 geforderten 20% des gesamten Wehretats (hier: Mittel, die unmittelbar in die  
22 Wehrfähigkeit fließen) in Ausrüstung, Ersatzteile, Waffensysteme und vor allem  
23 Munition zu investieren sowie Ausrüstung und Ersatzteile auf Vorrat zu kaufen, anstatt  
24 sie von Auslandseinsatz zu Auslandseinsatz in geringen Mengen für begrenzte Einheiten  
25 anzuschaffen;
- 26 • die gesetzliche Verankerung einer Einsatzbereitschaftsquote in Höhe von jeweils 70% für  
27 die Waffensysteme der Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine;
- 28 • einen besonderen Fokus auf professionelles Personal aus den Bereichen IT und  
29 Digitalisierung, damit auch die Bundeswehr im 21. Jahrhundert ankommt;

- 30 • eine interne Evaluierung des Beschaffungswesens der Bundeswehr sowie der internen  
31 Strukturen der Bundeswehr durch das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik  
32 und Nutzung der Bundeswehr und dadurch eine Steigerung der Effizienz und Flexibilität  
33 sowie einen Abbau von Bürokratie;
- 34 • die Einführung des Gesellschaftsjahrs und die Steigerung der Attraktivität des  
35 Wehrdiensts;
- 36 • eine regelmäßige öffentliche Militärparade zum Tag der deutschen Einheit; ggf. unter  
37 Beteiligung unserer internationalen Verbündeten und Freunde sowie ganz allgemein  
38 eine Sichtbarmachung von Soldatinnen und Soldaten im öffentlichen Raum bspw. durch  
39 öffentliche Gelöbnisse.

#### 40 **Begründung:**

41 Europa war in ihrer Geschichte lange Zeit ein kriegsgebeuteltes, konflikterschöpfer und  
42 trauererfüllter Kontinent. Dies änderte sich, als nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst der  
43 Nordatlantikpakt (NATO) ins Leben gerufen und danach die Europäische Gemeinschaft für  
44 Kohle und Stahl (EGKS), die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) beziehungsweise  
45 schließlich die Europäische Union (EU) gegründet wurde. Auch seitdem kam es auf  
46 europäischem Boden immer wieder zu Konflikten – der Kalte Krieg, der Nordirlandkonflikt  
47 oder die Jugoslawienkriege dürften die bekanntesten und gefährlichsten Konflikte sein; doch  
48 auch in kleinerem Rahmen erlebte Europa immer wieder blutige Auseinandersetzungen – so  
49 zum Beispiel die Kabeljaukriege, im Zuge derer das NATO-Mitglied Island das NATO-Mitglied  
50 Vereinigte Staaten von Amerika dazu aufforderte, das NATO-Mitglied Vereinigtes Königreich  
51 von Großbritannien und Nordirland zu bombardieren, die türkische Invasion Zyperns, im  
52 Rahmen derer sich mit Griechenland erstmals ein Staat zeitweise aus der militärischen  
53 Kommandostruktur der NATO zurückzog, oder erst 2020 der Krieg um Bergkarabach zwischen  
54 Aserbaidschan und Armenien; doch niemals stand seitdem zu befürchten, dass sich diese  
55 Kriege und Konflikte zu Flächenbränden entwickeln könnten, die zu flächendeckenden  
56 Kämpfen auf europäischem Boden führen würden.

57 Diese Phase des relativen Friedens in Europa ist am 24. Februar 2022 zu einem Ende  
58 gekommen, als der russische Diktator und Massenmörder Wladimir Putin völkerrechtswidrig  
59 den freien und souveränen Staat der Ukraine überfiel und im Rahmen einer großangelegten

60 und flächendeckenden Invasion Tod und Zerstörung brachte. Erstmals in der europäischen  
61 Geschichte seit 1945 warnen Experten und Militärbeobachter davor, dass Europa und die  
62 Mitgliedsstaaten der NATO in einen Konflikt hineingezogen werden könnten, der jedes bis  
63 dato bekannte Maß überstiege: Die Rede ist gar von einem Einsatz nuklearer Waffen<sup>1</sup>,  
64 Wladimir Putin wiederum droht mit „Vergeltung wie nie zuvor in der Geschichte“<sup>2</sup>, und fünf  
65 östliche Bündnisstaaten kündigten die Aktivierung von Artikel IV des Bündnisvertrags an, der  
66 Konsultationen für den Fall vorsieht, dass sich ein Mitgliedsstaat einer konkreten territorialen  
67 Bedrohung ausgesetzt sieht<sup>3</sup>.

68 Der Krieg in der Ukraine soll gleichwohl nicht Gegenstand des vorliegenden Antrags sein.  
69 Vielmehr ist er auch das letzte Quäntchen, das dazu zwingt, in der Bundesrepublik  
70 Deutschland das Hauptaugenmerk wieder auf etwas zu legen, das in den Jahrzehnten des  
71 Friedens sträflich vernachlässigt wurde, nämlich der Zustand der Bundeswehr und die  
72 allgemeine Fähigkeit der Bundesrepublik Deutschland, sich selbst, ihr Territorium und ihr Volk  
73 zu verteidigen sowie ihre Bündnispartner ernsthaft zu unterstützen. Das Urteil sowohl von  
74 externen Experten als auch die Bewertung durch führende Kräfte in der Bundeswehr selbst  
75 fällt hierbei verheerend aus. So äußerte Heeresinspekteur Alfons Mais als Reaktion auf die  
76 russische Invasion der Ukraine, „das Heer, das ich führen darf, steht mehr oder weniger blank  
77 da“, und dass „die Optionen, die wir der Politik zur Unterstützung des Bündnisses anbieten  
78 können, [...] extrem limitiert“ seien.<sup>4</sup> Diese Aussagen sind auch als deutliche Kritik am  
79 Bundesverteidigungsministerium zu verstehen, das seit der angekündigten Trendwende  
80 durch Ministerin Von der Leyen keine einzige Brigade vollständig auszurüsten vermochte und  
81 dessen aktuelle Führung sich weder für die Belange deutscher Soldaten noch militärischen  
82 Sachverstand zu interessieren scheint.<sup>5</sup>

83 Die Situation bei der Marine und Luftwaffe verhält sich ähnlich: Bei der Marine klagt man über  
84 massiven Personalmangel, schädliche Sparmaßnahmen seit mehreren Jahrzehnten, einer

---

<sup>1</sup> vgl. <https://www.cicero.de/aussenpolitik/atomwaffen-atomkrieg-nuklear-russland-ukraine-nato>, zuletzt abgerufen am 25. Februar 2025.

<sup>2</sup> <https://www.tagesspiegel.de/politik/putins-rede-kurz-vor-dem-angriff-wer-sich-einmisch-muss-mit-vergeltung-rechnen/28099766.html>, zuletzt abgerufen am 25. Februar 2022.

<sup>3</sup> vgl. <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-bombardements-101.html>, zuletzt abgerufen am 25. Februar 2022.

<sup>4</sup> <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundeswehr-heeres-inspekteur-kritisiert-ausstattung-17829613.html>, zuletzt abgerufen am 25. Februar 2022.

<sup>5</sup> vgl. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/krieg-in-der-ukraine-bundeswehr-massiv-geschwaecht-17831292.html>, zuletzt abgerufen am 25. Februar 2022.

85 Politik, Ersatzteile nicht auf Vorrat zu erwerben, und die Tatsache, dass von sechs U-Booten  
86 lediglich zwei einsatzbereit oder auch viele Fregatten und Korvetten in einem schlechten und  
87 völlig veralteten Zustand seien;<sup>6</sup> bei der Luftwaffe heißt es Seitens des Inspektors,  
88 Generalleutnant Ingo Gerhartz, in scharfen Worten, die Luftwaffe befinde sich „an einem  
89 Tiefpunkt“: Er beklagte, dass Flugzeuge und Hubschrauber aufgrund fehlender Ersatzteile  
90 entweder gar nicht erst starteten oder mittlerweile doppelt so lange zur Inspektion vorlägen  
91 wie vorgesehen, und forderte zu einer schleunigen Modernisierung und Weiterentwicklung  
92 der Teilstreitkraft auf.<sup>7</sup> Abschließend muss konstatiert werden: Die Bundespolitik hat –  
93 parteiübergreifend! – in den vergangenen Jahrzehnten jegliches Interesse an einer Wehr- und  
94 Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschlands vermissen und eine Bundeswehr in  
95 desolatem Zustand hinterlassen – etwas, das man durchaus auch bei unseren internationalen  
96 Bündnispartnern mit Besorgen zur Kenntnis nimmt<sup>89</sup>. Über die Gründe für diesen Umgang mit  
97 unseren Soldatinnen und Soldaten könnte an dieser Stelle viel fabuliert werden – Ideologie,  
98 Unterschätzung der nationalen und internationalen Lage, gefährliches Desinteresse der  
99 Öffentlichkeit und schlichte Inkompetenz spielen sicherlich allesamt eine Rolle; es könnten  
100 auch viele Fragen darüber gestellt werden, wo eigentlich das Geld versickert, das in  
101 Deutschlands Verteidigung investiert wird, und ob es in Beraterverträgen mit horrenden  
102 Kosten richtig angelegt ist.<sup>1011</sup> Aber auch darüber sollen an dieser Stelle nicht zu viele Worte  
103 verloren werden, denn es nützt nichts, den Blick auf Verfehlungen aus der Vergangenheit zu  
104 werfen, stattdessen muss sich der Zukunft zugewandt werden.

---

<sup>6</sup> vgl. <https://www.deutschlandfunk.de/von-allem-zu-wenig-die-deutsche-marine-geht-unter-100.html>, zuletzt abgerufen am 25. Februar 2022.

<sup>7</sup> <https://www.idlw.de/die-luftwaffe-befindet-sich-an-einem-tiefpunkt>, zuletzt abgerufen am 25. Februar 2022.

<sup>8</sup> vgl. <https://www.spectator.co.uk/article/head-of-germany-s-army-admits-we-re-not-ready-for-war>, zuletzt abgerufen am 25. Februar 2025.

<sup>9</sup> vgl. <https://www.wsj.com/articles/germany-reliable-american-ally-nein-weapon-supply-berlin-russia-ukraine-invasion-putin-biden-nord-stream-2-senate-cruz-sanctions-11642969767>, zuletzt abgerufen am 25. Februar 2022.

<sup>10</sup> vgl. <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/merkels-ex-militaerberater-privatisierung-mitschuldig-an-mangelnder-einsatzbereitschaft/22765552-2.html>, zuletzt abgerufen am 25. Februar 2022.

<sup>11</sup> vgl. <https://www.n-tv.de/mediathek/videos/politik/Hohe-Beratergehaelter-setzen-von-der-Leyen-unter-Druck-article20886183.html>, zuletzt abgerufen am 25. Februar 2022.

1 **Antrag 6: Gut gewappnet für den Winter 2022/23 – möglichst niedrigschwellige Corona-**  
2 **Maßnahme in Schleswig-Holstein frühzeitig identifizieren und kommunizieren**

3 *Antragstellende: JU Kiel*

4 **Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:**

- 5 • die schleswig-holsteinische Landesregierung dazu auf, bereits im Sommer 2022 konkrete  
6 und detaillierte Planungen zu erstellen, in dem das grundlegende Vorgehen der  
7 Landesregierung für den Fall einer sechsten Coronawelle im Winter 2022/2023  
8 niedergeschrieben wird, und diesen frühzeitig mehrsprachig, barrierefrei sowie in  
9 leichter Sprache offensiv zu kommunizieren;
- 10 • die schleswig-holsteinische Landesregierung dazu auf, Beschlüsse im Rahmen der Bund-  
11 Länder-Konferenz nur im Rahmen des Angemessenen mitzutragen und ggf. mithilfe von  
12 Protokollerklärungen auf schleswig-holsteinische Souveränitätsentscheidungen  
13 hinzuweisen und diese in Schleswig-Holstein durchzusetzen;
- 14 • die schleswig-holsteinische Landesregierung dazu auf, den Präsenzbetrieb an Schulen,  
15 Hochschulen und Universitäten sowie in Kindertagesstätten im Rahmen des  
16 verantwortbaren Handelns auch im Falle einer sechsten Coronawelle im Winter  
17 2022/2023 grundsätzlich aufrechtzuerhalten; davon kann in Ausnahmesituationen  
18 abgewichen werden;
- 19 • die schleswig-holsteinische Landesregierung dazu auf, sonstige Bildungseinrichtungen,  
20 den Einzelhandel, Freizeiteinrichtungen wie Fitnessstudios, Schwimmbäder, Spielplätze  
21 oder Tierparks, Kultureinrichtungen wie Theater, Museen oder Kinos,  
22 Therapieeinrichtungen, Einrichtungen des Tourismus, Vergnügungsstätten wie  
23 Diskotheken und Internetcafés, das Dienstleistungsgewerbe, das Prostitutionsgewerbe,  
24 die Gastronomie, Gottesdienste und Wochenmärkte auch im Falle einer sechsten  
25 Coronawelle im Winter 2022/2023 grundsätzlich aufzuhalten, notwendigenfalls jedoch  
26 mit verhältnismäßigen Vorsichtsmaßnahmen zu belegen;
- 27 • die schleswig-holsteinische Landesregierung auf, Kontaktbeschränkungen auch im Falle  
28 einer sechsten Coronawelle im Winter 2022/2023 nur noch für Ungeimpfte in Erwägung  
29 zu ziehen sowie pauschale Lockdowns und Sperrstunden auf keinen Fall zu veranlassen;

- 30 • die schleswig-holsteinische Landesregierung dazu auf, im Falle im Falle einer sechsten  
31 Coronawelle im Winter 2022/2023 einen konsequenten und nachhaltigen Schutz der  
32 Risikogruppen sicherzustellen;
- 33 • die schleswig-holsteinische Landesregierung dazu auf, die Besuche schwerkranker oder  
34 im Sterben liegender Angehöriger in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Altenheimen  
35 oder ähnlichen Einrichtungen grundsätzlich zu ermöglichen, notwendigenfalls jedoch mit  
36 weiteren, auch tiefgreifenden Vorsichtsmaßnahmen zu belegen;
- 37 • die schleswig-holsteinische Landesregierung dazu auf, sich auch im Falle einer sechsten  
38 Coronawelle im Winter 2022/2023 gegenüber dem Königreich Dänemark für einen  
39 offenen und freien Grenzverkehr einzusetzen;
- 40 • die schleswig-holsteinische Landesregierung dazu auf, sich auch im Falle einer sechsten  
41 Coronawelle im Winter 2022/2023 gegenüber dem Königreich Norwegen, dem  
42 Königreich Schweden, der Republik Finnland, der Republik Lettland und der Republik  
43 Litauen für eine möglichst einschränkungsfreie Aufrechterhaltung des offenen und freien  
44 Grenzverkehrs einzusetzen; das Schengener Abkommen ist in Europa unter allen  
45 Umständen aufrechtzuerhalten;
- 46 • die Christlich-Demokratische Union Schleswig-Holstein dazu auf, die Inhalte dieses  
47 Antrags im Falle einer sechsten Coronawelle im Winter 2022/2023 im schleswig-  
48 holsteinischen Landtag einzubringen und von der schleswig-holsteinischen  
49 Landesregierung offensiv einzufordern sowie gegenüber der Christlich-Demokratischen  
50 Union Deutschlands offensiv zu vertreten und als Bundespositionierung einzufordern;
- 51 • dass grundsätzlich gilt, dass zum Schutz vulnerabler Gruppen verhältnismäßige  
52 Maßnahmen getroffen werden können, wenn eine konkrete Gefahr der Überlastung des  
53 Gesundheitssystems droht.

54 **Begründung:**

55 Begründung: erfolgt ggf. mündlich